



**Urteil des Gerichtshofs (Zehnte Kammer) vom 11. September 2025 (Vorabentscheidungsersuchen  
des Raad van State – Belgien) – Russisch-Kirgizisch Entwicklungsfonds/Belgische Staat**

**(Rechtssache C-384/24 <sup>(1)</sup>, Russisch-Kirgizisch Entwicklungsfonds)**

**(Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – Verordnung [EU]  
Nr. 269/2014 – Restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in der Ukraine – Art. 2 – Einfrieren von  
Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen – Ausnahmen – Art. 4 Abs. 1 Buchst. a, b und d – Freigabe  
bestimmter Gelder für spezielle Ausgaben – Entrichtung einer Eintragungsgebühr und eines  
Pauschalbeitrags für die Erhebung einer Nichtigkeitsklage gegen eine Entscheidung zur Umsetzung dieser  
Verordnung – Einbeziehung)**

(C/2025/5805)

Verfahrenssprache: Niederländisch

**Vorlegendes Gericht**

Raad van State

**Parteien des Ausgangsverfahrens**

*Kläger:* Russisch-Kirgizisch Entwicklungsfonds

*Beklagter:* Belgische Staat

**Tenor**

Art. 4 Abs. 1 Buchst. a der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 des Rates vom 17. März 2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, in der durch die Durchführungsverordnung (EU) 2022/1985 des Rates vom 20. Oktober 2022 geänderten Fassung ist in Verbindung mit Art. 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

dahin auszulegen, dass

er die Freigabe bestimmter eingefrorener Gelder oder wirtschaftlicher Ressourcen oder ihre Bereitstellung für die Zahlung einer Eintragungsgebühr und eines Pauschalbeitrags einschließt, die nach nationalem Recht bei der Erhebung einer Klage gegen eine nationale Maßnahme zur Umsetzung dieser Verordnung entrichtet werden müssen.

---

<sup>(1)</sup> ABl. C, C/2024/5598.